



AFRIKA/SOMALIA - Caritas Somalia: „Umsiedlungspläne für Binnenflüchtlinge sind unrealistisch“

Mogadischu (Fidesdienst) – „Die Binnenflüchtlinge in Mogadischu leben dort unter schwierigen Bedingungen und sind von Erpressung und Abschiebung bedroht“, heißt es im jüngsten Bericht von Caritas Somalia, der dem Fidesdienst vorliegt.

Der Bericht stellt zwar eine Verbesserung bei den allgemeinen Lebensbedingungen in der somalischen Hauptstadt fest, weist aber auch darauf hin, dass die Lage der Flüchtlinge weiterhin prekär ist. „Binnenflüchtlinge sehen sich in Mogadischu mit Unsicherheit konfrontiert und müssen auch mit Vergewaltigungen und anderer Form von sexueller Gewalt rechnen“, heißt es in dem Dokument. Wie das Büro für die Koordinierung humanitärer Hilfen (OCHA) in Mogadischu mitteilt, gibt es rund 369.000 Binnenflüchtlinge, von denen rund 270.000 in drei Camps am Stadtrand umgesiedelt werden könnten, um die Stadt zu entlasten. „Dieses Projekt stößt jedoch auf Zweifel, da man nicht weiß ob die Regierung dazu in der Lage ist und ob in den Camps genügend sanitäre Anlagen zur Verfügung steht“. Es könne aber auch sein, dass manche Binnenflüchtlinge nicht dazu bereit seien, in ein solches Camp umzuziehen.

Somalia werde das Problem lösen und für rund 1.200.000 Binnenflüchtlinge und über eine Million Flüchtlinge, die in den Nachbarländern (Eritrea, Äthiopien, Kenia, Uganda, Tansania, Dschibuti und Yemen) neue Unterkunstmöglichkeit schaffen müssen. „Die somalische Regierung ist noch nicht bereit um die rund 600.000 somalischen Flüchtlinge wieder aufzunehmen, die hauptsächlich in Kenia und Äthiopien wohnen. Doch es gibt Pläne für den Bau von großen Aufnahmezentren in Somalia in der Nähe der Grenze zu Kenia“, so Caritas Somalia. „Es sollen bis Ende 2013 in den neuen Camps mehrere Hunderttausend Flüchtlinge untergebracht werden können.“ „Doch die Umsetzung dieser Pläne ist nur nicht realistisch, sondern sie könnte auch Gefahren für die schutzlosen Flüchtlinge mit sich bringen“, heißt es in dem Bericht abschließend. (LM) (Fidesdienst, 26/03/2013)